Gestaltet die Betriebsrätewahlen zu einem Triumph der roten Einheitsfront

Unser die Betriebe! Alarmiert alle Betriebs- und Straßenzellen für den Betriebsrätewahlkampf!

Appell an alle Kommunisten!

Parteigenossen und -genossinnen, Jugendgenossen!

Die Schleicherdiktatur hat — gestützt auf die Tolerierung der Nazis und auf die Mithilfe der Sozialdemokratie und des ADGB — die Durchführung des Papenschen sozialreaktionären Wirtschaftsprogramms beschlossen. Die Margarinepreiserhöhung ist bereits diktiert. Eine neue Lohnraub- und Teuerungsoffensive steht bevor. Die faschistischen und imperialistischen Kriegstreiber in Deutschland rasseln immer stärker mit dem Säbel und drängen zu einem neuen Völkergemetzel. Die Militarisierung der Betriebe schreitet fort. Die Schleicherische Arbeitsbeschaffung ist und wird ein Fiasko. Allein in der zweiten Dezemberhälfte 170 000 neue Erwerbslose! Immer größer wird das Elend der Betriebsarbeiter, der Angestellten und der Erwerbslosen!

Immer stärker wird der Gegenangriff des Proletariats! Eine grandiose Streikwelle hat die Notverordnung vom 4. und 5. September zu Fall gebracht. Verschärft müssen alle Kommunisten die Belegschaften zum

Kampf gegen die neuen drohenden Verschlechterungen, für die Zurückeroberung der geraubten Löhne unter eigener revolutionärer Kampfführung

mobilisieren. — Mit schlotternden Knien sieht die herrschende Klasse vor der wachsenden Kampfkraft der Belegschaften. In mehr als tausend Streiks haben die Betriebe ihren Widerstandswillen und ihre Kraft gezeigt. Der heroische Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, der Streik in der Weserschiffahrt, der Hafenarbeiterstreik in Hamburg und Hunderte anderer Kampfaktionen des deutschen Proletariats haben die wachsende Kraft der Betriebsbelegschaften bewiesen.

In den nächsten Wochen wählen die Belegschaften erneut ihre Betriebsräte. Kommunisten an die Arbeit, Kommunisten vor die Front! Wir kämpfen gegen die faschistische Schleicher-Brüning-Diktatur, gegen jeden Angriff der Bourgeoisie gegen das Proletariat! Wir kämpfen für die von den Belegschaften selbst aufgestellten Kampfforderungen, gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für die Zurückeroberung der geraubten Löhne, gegen jede betriebliche und tarifliche Verschlechterung. Wir kämpfen

für das Bündnis der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen und mit den Angestellten.

Wir kämpfen gegen die Bergeudung der den Werktätigen geraubten Milliarden für die faschistische Aufrüstungspolitik der deutschen Bourgeoisie. Wir kämpfen gegen die imperialistische Kriegspolitik, gegen Versailles, gegen die Arbeitsdienstpflichtmaßnahmen und -bestrebungen, gegen die faschistisch-militaristische Verseuchung der Jugend! Wir kämpfen in Einheitsfront mit allen zum Kampf gewillten Klassengenossen gegen den Leipartkurs in den Gewerkschaften, gegen die Lohnraubpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Verbände, gegen den Streikbruch der ADGB-Führer, gegen das Denunziantentum und die Polizeiknüppelpolitik der NSBO!

Auf Forderung des Frankfurter ADGB-Kongresses wurden im vorigen Jahr die Betriebsrätewahlen verboten. Die herrschende Klasse und ihre Agenten aus der ADGB-Führung fürchteten die Abrechnung der Belegschaften mit der verräterischen Bürokratie! Nach dem Protokoll des ADGB-Kongresses wurde die Erstickung der Stimme der Belegschaften damit begründet, daß „die Betriebsrätewahlen die Betriebe nicht zur Ruhe kommen lassen". Die Leipart, Husemann, Stegerwald, Imbusch, Krupp und Siemens brauchten „Ruhe" in den Betrieben, um einen Lohnraub von 5 Milliarden Mark durchzuführen.

Kommunisten, Genossen, Jugendgenossen!

Kämpft in diesem Jahr für die unbedingte Durchführung der Betriebsrätewahlen! Kämpft für die Einheitsfront des Proletariats! Kämpft Schulter an Schulter mit den Angestellten, den Jugendlichen, den Erwerbslosen!

Das Proletariat braucht Betriebsräte, die energisch und rücksichtslos die Interessen der Kollegen gegen das Unternehmertum vertreten. Das Proletariat braucht Betriebsräte und Angestelltenräte, die entschieden und furchtlos den Widerstand der Belegschaften gegen die unaufhörlichen Attentate des Kapitals organisieren und führen!

Alle Kommunisten müssen ihre Pflicht tun! Jede Zelle im Betrieb und im Straßengebiet konzentriert sich auf die Betriebsrätewahlen im Zeichen des Kampfes gegen Kapitalsdiktatur, Lohnraub, Faschismus und Kriegsverbrechen. Alle oppositionellen Gewerkschaftsfraktionen, kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaftsverbänden setzen ihre Arbeiten fort!

Bildet Stoßbrigaden für die Großbetriebe

und für solche Betriebe, in denen unsere Positionen schwach sind! Kein Betrieb ohne revolutionäre Betriebszeitung! Alle roten Betriebsräte berichten vor ihren Belegschaften. Schonungslose Selbstkritik bei gemachten Fehlern! Organisiert überall die Wahl betrieblicher Wahlausschüsse auf der Grundlage der Einheitsfront von unten!

Schmiedet die kämpfende Einheitsfront bei den Betriebsrätewahlen! In jedem Betrieb gewinnt die Gewerkschaftsmitglieder für die von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition vorgeschlagenen Arbeiterforderungen. Setzt alle Kräfte ein, damit in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen solche Arbeiter als Kandidaten aufgestellt werden, die bereit sind, den Kampf für diese Forderungen zu führen. In Betrieben mit schwächerem Organisationsverhältnis gewinnt die Gewerkschaftsmitglieder und Kandidaten für die Kandidatur mit den Unorganisierten auf einer Einheitsliste. Es ist aber auch zulässig, neben der oppositionellen Gewerkschaftsliste eine besondere Liste, auf der unorganisierte Arbeiter kandidieren, aufzustellen, um die breitesten Massen der Arbeiter, darunter auch die Arbeitermitglieder der NSBO für die Wahl roter Betriebsräte zu gewinnen.

Wo es noch nicht gelingt, die Mehrheit in der gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung zu erobern, kämpfen wir in den Betriebsabteilungen im Zeichen der Einheitsfront, neben der Aufstellung von Kommunisten, vor allem um die Aufstellung oppositioneller Gewerkschaftsmitglieder, kampfgewillter sozialdemokratischer und Nichtproleten auf die Einheitsliste. Die endgültige Kandidatenaufstellung soll in einer Belegschaftsversammlung erfolgen.

Für Angestellte gilt die gleiche Taktik. Gelingt uns noch nicht die Gewinnung der Mehrheit der Mitglieder des Afa-Bundes und GdA und ist die Aufstellung einer Einheitsliste noch nicht möglich, so können mit vorheriger Zustimmung der RGO revolutionäre Angestellte oder Beamte auf der Gewerkschaftsliste kandidieren.

In Betrieben mit Betriebsgruppen eines roten Einheitsverbandes und eines reformistischen und christlichen Verbandes werden sich die Mitglieder des Einheitsverbandes an die Mitglieder der anderen Organisationen und an die Unterstützungsinstitutionen zwecks Aufstellung einer Einheitsliste auf der Basis bestimmter Arbeiterforderungen. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt in der Belegschaftsversammlung.

Führt und unterstützt den Kampf der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge für die Ausübung des Wahlrechts und für das Recht der Kandidatur zu den Betriebsrätewahlen. Entsprechend der Bedeutung der Arbeiterinnen

wählt die aktivsten Arbeiterinnen als Betriebsräte.

Mobilisiert die Angestellten für ihre eigenen Forderungen und helft dem Angestellten bei der Aufstellung von Einheitslisten, den Angestelltenräten in den Industrie- und Handelsbetrieben wie bei den Banken.

Kämpft für die proletarische Demokratie in den Verbänden. Kämpft mit allen Klassengenossen gemeinsam, die gewillt sind, gegen betriebliche Verschlechterungen, gegen die Schleichdiktatur und gegen den Leipartkurs der Gewerkschaftsführer zu kämpfen.

Kommunisten! Klassenbewußte Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften!

Erkämpft für eure Belegschaften eine revolutionäre Kampfführung gegen Lohnabbau und Faschismus! Macht die Betriebe zu Burgen des revolutionären Widerstandes. Gestaltet die Betriebsrätewahlen 1933 zu einem Triumph der proletarischen Einheitsfront, zu einer grandiosen Manifestation des gemeinsamen Kampfes der Betriebsarbeiter, der Angestellten und der Erwerbslosen.

Organisiert in den Arbeitsdienstpflichtlagern die Werbung für den Kampf gewillter jugendlicher Vertrauensleute. **Gestaltet die Betriebsrätewahlen zu einem vernichtenden Schlag** gegen den Hitlerfaschismus, gegen den Schleicherkurs der Leipartbürokratie. **Gewinnt die Gewerkschaftskollegen, gewinnt die Nichtproleten für den revolutionären Klassenkampf!**

Unser die Betriebe! Vorwärts im Kampf um die Arbeiter- und Bauernrepublik, im Kampf für den Sozialismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Schluß des Leitartikels)

hat getan, was sie nur konnte, um die Arbeiter vom außerparlamentarischen Kampf abzulenken. Damit ist der Fall für sie erledigt. Für die Polizei offenbar auch!

Nicht aber für die Arbeiter. Diese lernen — wenn auch viele von ihnen zuerst die von den Kommunisten im Sächsischen Landtag eingenommene Haltung nicht gleich verstanden — immer stärker begreifen, daß die Sozialdemokratie die Stoßkraft der proletarischen, außerparlamentarischen Aktion gegen den Faschismus abschwächen und aufhalten will und daß sie dem blutigen Treiben des Mordfaschismus damit regelrecht Vorschub leistet.

So war es doch schon, als die Nazis im vergangenen Sommer eine große Terrorwelle gegen die Arbeitermassen entfalteten. Damals klirrten die Fenster der Gewerkschaftshäuser und die Arbeiter sanken sterbend zu Boden. Aber die sozialdemokratische Presse rief damals zum Tanz, zum Baden, zum Marsch ins Grüne, weitab von der blutigen Heerstraße des faschistischen Terrors. Wäre die Losung der SPD-Führer in Erfüllung gegangen, hätte nicht die Stoßkraft der proletarischen Gegenoffensive in der Antifaschistischen Aktion sich formiert, der Hitler-Faschismus hätte heute Straßen und Betriebe längst erobert, die Zahl der Opfer des Proletariats wäre unerhört, der Herrenklubkanzler Papen wäre nicht gestürzt, die Konzentration der faschistischen Kräfte wäre der Bourgeoisie längst gelungen.

Es ist unser Stolz und unser großes historisches Verdienst, damals in der Antifaschistischen Aktion Hunderttausende sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter entgegen den Losungen der Kapitulanten vom 20. Juli für den wehrhaften Massenselbstschutz des Proletariats gegen den Faschismus gewonnen zu haben.

Auf diesen Lorbeeren ruhen wir Kommunisten aber nicht aus, sondern wir mobilisieren die Arbeitermassen angesichts der neuen Naziterrorwelle, die ein Glied in der Kette der sich verschärfenden Gewaltmaßnahmen der Bourgeoisie gegen das kämpfende Proletariat und seine revolutionäre Partei ist, mit verstärkter Kraft!

Wir rufen die Arbeiter und auch die sozialdemokratischen Klassengenossen, deren Mutopfer gleich den unsrigen unbeirrt die blutigen Spuren des Faschismus zeigen, zum Kampf gegen die faschistische Diktatur, zum siegreichen Vormarsch der proletarischen Klasseneinheit!

Sieg der Einheitsliste im AEG-Betrieb

Prozentualer Stimmanteil trotz Massenentlassungen oppositioneller Arbeiter erhöht. Weiterer Rückgang des SPD-Einflusses. Nazi-Niederlage!

Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtb.)

Nach dem Vormarsch der Einheitsliste im Siemens-Kabelwerk hat auch die Betriebsrätewahl im zweiten Berliner Großbetrieb, in der AEG, Brunnenstraße, einen vollen Sieg für die Einheitsliste gebracht. Von 5135 auf 2871 wurde die Zahl der Arbeiter, von 1728 auf 791 die Zahl der Angestellten abgebaut. Trotz der ungeheuren Massenentlassungen, von denen in der hauptsächlich oppositionelle Arbeiter betroffen wurden, hat die Einheitsliste die absolute Mehrheit aller für den Arbeiterrat abgegebenen Stimmen erlangt. Es erhielten Stimmen:

	1933	1931
Einheitsliste	1321	1097
Reformisten:	804	1397
Nationalsozialisten	188	380
Industrie-Verband	22	—
Ungültig:	132	

Die Einheitsliste steigerte ihren Stimmenanteil von 50 auf 53,5 Prozent. Der Stimmenanteil der SPD verminderte sich von 35 auf 33,6 Prozent, der der Nazis von 9 auf 7,6 Prozent.

Bei den Angestellten erhielten:

Afa-Liste 290 GdA 65 Nazis und Gelbe 216

10 Angestellte hatten die Wahlzettel mit RGO überschrieben.

Trotz Terror, trotz des Trommelfeuers aller Feinde der kämpfenden Einheitsfront gegen uns schreiten wir vorwärts in den Betrieben! Wir formieren die Einheitsfront der Arbeiter im Kampf. Die Nazis sind zurückgegangen, weil die Arbeiter Hitler als Kapitalsagenten durchschauen. Aber auch die SPD ist noch weiter zurückgedrängt. Die Einheitsliste hat die absolute Mehrheit erobert.

Ein Beispiel für die Arbeiter des Sachsenwerkes, Niederseditz

Auch das Niederseditzer Sachsenwerk ist ein Betrieb der AEG. Der glänzende Sieg der Einheitsliste in der AEG, Berlin, Brunnenstraße, muß ein Beispiel für die Niederseditzer Kollegen sein, auch in ihrem Betrieb die Arbeiter für die Einheitsliste zu gewinnen und die arbeiterverräterischen Reformisten und Nazis zurückzuschlagen. Die ersten Einheitserfolge müssen unsere Kräfte beflügeln. Schneller muß das Tempo unseres Vormarsches werden! Unsere Siege werden im selben Maße wachsen, wie wir es verstehen, mehr als bisher die freigewerkschaftlichen Arbeiter in unsere Kampffront einzureihen.

Naziüberfall auf Arbeiterversammlung

Berlin, 20. Januar 1933. (Eig. Drahtbericht).

Im „Frankfurter Hof" in Berlin entfesselten gestern abend nationalsozialistische Sturmabteilungen in einer Arbeiterversammlung eine schwere Saalschlacht, bei der es drei Schwerverletzte und zahlreiche Leichtverletzte gab. Die Polizei drang schließlich in den Saal ein und löste die Versammlung auf. Die Schwerverletzten, deren Parteizugehörigkeit noch nicht feststeht, sind in das Krankenhaus Friedrichshain eingeliefert worden.

In Fortsetzung ihrer planmäßigen Terroraktionen waren von der Gauleitung der NSDAP 100 Mann SA in die von 500 Arbeitern besuchte Versammlung geschickt worden. Bald nach der Eröffnung drangen die SA-Banditen ein und schlugen mit Stuhlbeinen und anderen Schlagwerkzeugen auf die Versammlungsbesucher ein. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel vor und verhaftete die überfallenen Arbeiter gleich zu Dutzenden, während von den Nazis nur sechs Mann verhaftet wurden. Diese planmäßigen Terroraktionen zeigen den Arbeitern immer wieder die unbedingte Notwendigkeit der Schaffung eines starken Massenselbstschutzes, um die von der Bourgeoisie bezahlten Banden Söldner Hitlers im Zaune zu halten.

Spontane Arbeiterdemonstrationen

als Antwort auf das Aufmarschverbot

Berlin, 20. Januar 1933. (Eig. Drahtbericht)

Nachdem der Berliner Polizeipräsident die antifaschistische Demonstration am Sonntag auf dem Bülowplatz verboten, der SA- und SS-Aufmarsch vor dem Karl-Liebknecht-Haus ausdrücklich genehmigt hat, marschierten gestern wieder starke Arbeiterzüge zum Protest gegen diese Provokation auf dem Bülowplatz auf. In zahlreichen Betrieben wurden Protestentschließungen gefaßt, von denen die Rote Fahne heute schon einen Teil veröffentlicht. In den Betrieben wird schon der politische Proteststreik gegen die faschistische Provokation diskutiert.

Die Rote Fahne appelliert an die Arbeiter im Kampf für den Protest des roten Berlin durch Massenkundgebungen, Betriebsbeschlüsse, Beschlüsse in Gewerkschaftsversammlungen, Demonstrationen zu unterstützen.

SA-Blutterror in Leipzig

Zwei SPD-Arbeiter niedergeschossen

Am 18. Januar überfielen in Leipzig SA-Leute schwer bewaffnet mit Revolvern und Messern eine Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter wurde durch einen Schuß in den Oberschenkel verletzt. Ein anderer Arbeiter wurde durch einen Schuß in den Oberschenkel schwer verletzt. Die SPD-Arbeiter setzten sich gegen die angreifenden SA-Horden zur Wehr, es wurden zwei der braunen Strolche verletzt.

Die Polizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Fleißner ging, wie selbst die gestrige Volkszeitung schreibt, nicht gegen die Nazis, sondern gegen die überfallenen SPD-Arbeiter vor und verhaftete zwei von ihnen, während sie die Nazibanditen laufen ließ. So helfen prominente Sozialdemokraten den Faschismus bei der Niederhaltung der Arbeiter.

Der Hunger der Erwerbslosen soll noch mehr gesteigert werden

Berlin, 20. Januar 1933. (Eig. Drahtbericht)

In der gestrigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages wurde ein Antrag angenommen, der die Aufhebung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung fordert, die in der Erwerbslosenversicherung nach sechswöchigem Unterstützungszug erfolgt. Der Antrag bedeutet also, daß die Versicherung 6 Wochen lang Unterstützung ohne Hilfsbedürftigkeitsprüfung gewähren soll.

Die Regierung erklärte sich gegen diesen Antrag. Sie bekannt, daß sie ihren Plan, die „Vereinheitlichung der Erwerbslosenhilfe" weiter verfolge. Gegen diese faschistischen Angriffe an den Hungergroschen der Arbeitslosen setzen wir die Fortsetzung des Kampfes aller Erwerbslosen gemeinsam mit den Betriebsarbeitern gegen Hunger und Frost.